

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

18. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. Februar 1964

Nummer 7

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2022	27. 1. 1964	Bekanntmachung der Neufassung der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe	25
20320	23. 1. 1964	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Vollziehungsbeamten der Justiz	26
204	7. 2. 1964	Vierte Verordnung zur Ergänzung des Verzeichnisses der Ausschüsse und Beiräte im Lande Nordrhein-Westfalen, die unter das Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen fallen	26
	28. 1. 1964	Verordnung über die Festsetzung der Umlage der Landwirtschaftskammer Rheinland für das Rechnungsjahr 1964 (Umlagefestsetzungsverordnung 1964)	
	28. 1. 1964	Verordnung über die Festsetzung der Umlage der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe für das Rechnungsjahr 1964 (Umlagefestsetzungsverordnung 1964)	27
	1. 2. 1964	Ergebnis der Abstimmungen im Landkreis Siegen	28

2022

Bekanntmachung der Neufassung der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe Vom 27. Januar 1964

Gemäß § 6 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GS. NW. S. 217) und auf Grund der Ziff. III der Satzung zur Änderung der Satzung betreffend den Sitz des Landschaftsverbandes, das Dienstsiegel und die Flagge, die Bildung von Fachausschüssen, die Zahl der Landesräte und die Anstellung, Beförderung und Entlassung von Angestellten vom 8. November 1963 (GV. NW. S. 336) wird nachstehend der vom 1. Dezember 1963 an geltende Wortlaut der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 15. Januar 1954 (GS. NW. S. 934) in der Fassung der Änderungssatzungen vom 2. April 1955 (GV. NW. S. 140), vom 23. Januar 1957 (GV. NW. S. 32) und vom 8. November 1963 (GV. NW. S. 336) bekanntgemacht.

Münster, den 27. Januar 1964

Dr. Dr. h. c. Köchling
Direktor
des Landschaftsverbandes

Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in der Fassung vom 27. Januar 1964

§ 1

Sitz des Landschaftsverbandes

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat seinen Sitz in Münster (Westf.).

§ 2

Dienstsiegel, Flagge

(1) Als Siegel des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wird bis zur Beschlußfassung über das Wappen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe das bisherige Siegel des Provinzialverbandes Westfalen mit der Umschrift „Landschaftsverband Westfalen-Lippe“ geführt.

(2) Die Flagge des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zeigt die Farben weiß-rot.

§ 3

Verpflichtung der Mitglieder der Landschaftsversammlung

(1) Der Vorsitzende der Landschaftsversammlung verpflichtet jedes Mitglied bei seiner Einführung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten durch Handschlag.

(2) Der Vorsitzende wird durch den Altersvorsitzenden in gleicher Weise verpflichtet.

(3) Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der Fachausschüsse, die gem. § 13 Abs. 3 Satz 2 LVerbO gewählt werden, sowie Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Landesjugendwohlfahrtsausschusses, die nicht der Landschaftsversammlung angehören, werden bei ihrer Einführung vom Vorsitzenden ihres Ausschusses auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch Handschlag verpflichtet.

(4) Abs. 1 bis 3 finden erstmalig Anwendung beim ersten Zusammentritt der 4. Landschaftsversammlung.

§ 4

Fachausschüsse

(1) Außer den in § 13 Abs. 1 a bis f der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 vorgeschriebenen Fachausschüssen werden für folgende Geschäftsbereiche Fachausschüsse gebildet:

1. Siedlungswesen, Wasserwirtschaft, Landeskultur und Landesplanung,
2. Hochbauverwaltung des Landschaftsverbandes,
3. Rechnungsprüfungsausschuß.

(2) Die Fachausschüsse bestehen aus dem Vorsitzenden und 15 weiteren Mitgliedern. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen.

(3) Die Mitglieder der Fachausschüsse werden für die Dauer der Wahlperiode der Landschaftsversammlung im Wege der Listenwahl nach dem d'Hondt'schen Verhältniswahlssystem gewählt.

(4) Die Fachausschüsse sind zuständig für den Geschäftsbereich, für den sie gebildet sind.

(5) Für den Landesjugendwohlfahrtsausschuß gelten die Bestimmungen der Satzung des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe vom 25. Februar 1960 (GV. NW. S. 52).

§ 5

Sonderausschuß

(1) Der besondere Ausschuß gem. § 2 des Gesetzes über die Mitarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiete der zivilen Verteidigung vom 27. März 1962 (GV. NW. S. 125) besteht aus 5 Mitgliedern. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter.

(2) Die Mitglieder und ihre Stellvertreter werden von der Landschaftsversammlung aus ihren Reihen im Wege der Listenwahl nach dem d'Hondt'schen Verhältniswahl-system gewählt.

(3) Die Landschaftsversammlung bestimmt aus den Mitgliedern des Ausschusses den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses durch Mehrheitswahl.

§ 6

Zahl der Landesräte

Die Zahl der Landesräte wird durch den Stellenplan festgelegt.

§ 7

Anstellung, Beförderung und Entlassung von Angestellten

Die Angestellten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, deren Vergütung sich nach den Vergütungsgruppen I bis IV richtet oder darüber liegt, werden auf Grund eines Beschlusses des Landschaftsausschusses vom Direktor des Landschaftsverbandes angestellt, befördert und entlassen.

§ 8

Bekanntmachungen

(1) Amtliche Bekanntmachungen werden in den Amtsblättern der Regierungspräsidenten Münster, Detmold und Arnberg veröffentlicht. Bekanntmachungen, die nur örtliche Bedeutung besitzen, können in dem Amtsblatt des jeweiligen Regierungspräsidenten veröffentlicht werden.

(2) Soweit Gesetze, Verordnungen oder auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erlassene Anordnungen eine andere Art der Veröffentlichung vorschreiben, verbleibt es dabei.

§ 9

Inkrafttreten *)

*) Die Satzung in der ursprünglichen Fassung trat am 15. Januar 1954 in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus der Änderungssatzung vom 2. April 1955 (GV. NW. S. 140) ohne Inkrafttreten vorschritt (GV. NW., ausgegeben am 30. Juni 1955), aus Nr. 3 der Änderungssatzung vom 23. Januar 1957 (GV. NW. S. 32) und aus Ziff. II der Änderungssatzung vom 8. November 1963 (GV. NW. S. 336).

— GV. NW. 1964 S. 25.

20320

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Vollziehungsbeamten der Justiz

Vom 23. Januar 1964

Auf Grund der Fußnote 1 zu der Besoldungsgruppe A 5 und der Fußnote 2 zu der Besoldungsgruppe A 6 der Besoldungsordnung A (Anlage 1 zu § 5 Abs. 1 des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 8. November 1960 [LBesG 60] — GV. NW. S. 357) wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Verordnung über die Entschädigung der Vollziehungsbeamten der Justiz vom 6. Dezember 1955 (GS. NW. S. 325) in der Fassung der Verordnungen vom 17. März 1959 (GV. NW. S. 74) und vom 21. Mai 1962 (GV. NW. S. 333) mit Wirkung vom 1. Januar 1964 wie folgt geändert:

1. In § 2 Nr. 1 werden ersetzt:

„50,— DM“ durch „70,— DM“
„25,— DM“ durch „35,— DM“
„12,50 DM“ durch „17,50 DM“

2. § 3 wird wie folgt gefaßt:

„Der Gebührenanteil beträgt 50 v. H. der durch den Beamten vereinnahmten Gebühren.“

3. § 4 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

„Die Entschädigung an Gebührenanteilen darf den Betrag

von 375,— DM für jedes Kalendervierteljahr
(3 Kalendermonate oder 90 Kalendertage),

von 125,— DM für jeden Monat

(Kalendermonat oder 30 Kalendertage) und

von 62,50 DM für einen Zeitraum von 15 oder bis zu 15 Kalendertagen

nicht übersteigen.

Bei der Berechnung des Höchstbetrages sind die Dauer des regelmäßigen Erholungsurlaubs, einer sonst im Interesse des Landes erfolgten Beurlaubung und die Zeit einer Erkrankung als Beschäftigungszeit anzusehen.

Ein etwaiger Mehrbetrag ist bei der Festsetzung und Anweisung der Entschädigungen der Vollziehungsbeamten der Justiz von den Gebührenanteilen zu kürzen.“

Düsseldorf, den 23. Januar 1964

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Sträter

— GV. NW. 1964 S. 26.

204

Vierte Verordnung zur Ergänzung des Verzeichnisses der Ausschüsse und Beiräte im Lande Nordrhein-Westfalen, die unter das Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen fallen

Vom 7. Februar 1964

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen vom 13. Mai 1958 (GV. NW. S. 193) in der Fassung des Gesetzes vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 353) wird nach Anhörung des Landtagsausschusses für Innere Verwaltung verordnet:

Artikel I

Die Anlage zu § 1 des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen wird

1. wie folgt geändert:

a) die Nummer 16 wird gestrichen,

b) die Nummern 15, 18, 19, 22 und 45 erhalten folgende Fassung:

„15. Prüfungsausschuß für Prüflingenieur für Bau-
statik

Zweite Verordnung zur Durchführung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verordnung über die bautechnische Prüfung von Bauvorhaben — PrüfungVO) vom 19. Juli 1962 (GV. NW. S. 470 / SGV. NW. 232).“

„18. Sachverständigenausschüsse zur Vorbereitung der Entscheidungen über Anträge auf Impfschädigungen

Runderlaß des Innenministers zur Ausführung des Bundesseuchengesetzes vom 4. Februar 1963 (SMBl. NW. 21260).“

„19. Kommission zur Überprüfung der Heilpraktiker

Runderlaß des Innenministers vom 3. August 1959 (SMBl. NW. 21221).“

„22. Landespersonalausschuß

§§ 107—115, 234 Abs. 3 des Landesbeamten-gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1962 (GV. NW. S. 271 / SGV. NW. 2030).“

- „45. Beirat des Staatsbades Oeynhausen
Geschäftsordnung für das Staatsbad Oeynhausen
RdErl. des Innenministers vom 12. August 1963 (SMBL. NW. 20020).“

2. wie folgt ergänzt:

- „47. Landesausschuß für landwirtschaftliche Forschung, Erziehung und Wirtschaftsberatung
Erlaß (Geschäftsordnung) des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 31. Januar 1963
48. Beirat zur Reinhaltung des Rheins
Erlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 14. März 1963 — V 652/10 — 9066 —
49. Prüfungsausschüsse für den mittleren und den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst in den Feuerwehren
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des mittleren und des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren vom 3. Februar 1960 (SMBL. NW. 203015)
50. Prüfungsausschuß für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst in den Feuerwehren
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren vom 3. Februar 1960 (SMBL. NW. 203015)
51. Prüfungsausschüsse für die Brandmeisterprüfung und Hauptbrandmeisterprüfung
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Brandmeister und Hauptbrandmeister der freiwilligen Feuerwehren vom 5. August 1959 (SMBL. NW. 2135)
52. Wissenschaftlicher Beirat der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz
Gem. Bek. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 15. Oktober 1963 (SMBL. NW. 7129)
53. Beirat bei dem Landesamt für Forschung
Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 14. Januar 1964 (SMBL. NW. 221).“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1964 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. Februar 1964

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Dr. Meyers

(L. S.)

Der Innenminister

Weyer

Der Finanzminister

Pütz

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Niermann

Der Minister für Landesplanung,
Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten

Franken

— GV. NW. 1964 S. 26.

Verordnung über die Festsetzung der Umlage der Landwirtschaftskammer Rheinland für das Rechnungsjahr 1964 (Umlagefestsetzungsverordnung 1964)

Vom 28. Januar 1964

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Umlagegesetzes vom 17. Juli 1951 (GS. NW. S. 715) wird verordnet:

§ 1

Für die Landwirtschaftskammer Rheinland wird die Umlage für das Rechnungsjahr 1964 entsprechend dem Beschluß der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer vom 9. Januar 1964 auf 3,5 vom Tausend des auf volle hundert Deutsche Mark nach unten abgerundeten Einheitswertes festgesetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1964 in Kraft.

Düsseldorf, den 28. Januar 1964

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Nordrhein-Westfalen
Niermann

— GV. NW. 1964 S. 27.

Verordnung über die Festsetzung der Umlage der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe für das Rechnungsjahr 1964 (Umlagefestsetzungsverordnung 1964)

Vom 28. Januar 1964

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Umlagegesetzes vom 17. Juli 1951 (GS. NW. S. 715) wird verordnet:

§ 1

Für die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe wird die Umlage für das Rechnungsjahr 1964 entsprechend dem Beschluß der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer vom 13. Dezember 1963 auf 3,5 vom Tausend des auf volle hundert Deutsche Mark nach unten abgerundeten Einheitswertes festgesetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1964 in Kraft.

Düsseldorf, den 28. Januar 1964

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Nordrhein-Westfalen
Niermann

— GV. NW. 1964 S. 27.

Ergebnis der Abstimmungen im Landkreis Siegen

Bek. d. Innenministers v. 1. 2. 1964 — III A 2 — 732/64

Das Ergebnis der auf Anordnung der Landesregierung am 12. Januar 1964 durchgeführten Abstimmungen im Landkreis Siegen (vgl. Bek. v. 2. Dezember 1963 — GV. NW. S. 331) wird hiermit nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid vom 3. August 1951 (GS. NW. S. 60) veröffentlicht:

Gemeinde	Stimmbe- rechtigte	Abgegebene Stimmen davon							
		ins- gesamt	Wahlbe- teiligung (v. H.)	ungültig	gültig	Ja-Stimmen		Nein-Stimmen	
						Anzahl	v. H. der gültigen Stimmen	Anzahl	v. H. der gültigen Stimmen
Abstimmungsgebiet I									
Breitenbach	76	57	75,0	—	57	20	35,09	37	64,91
Bürbach	644	523	81,21	3	520	113	22,69	402	77,31
Kaan-Marienborn	2 500	2 287	91,48	16	2 271	140	6,16	2 131	93,84
Seelbach	855	655	76,61	4	651	119	18,28	532	81,72
Trupbach	1 219	962	78,92	4	958	142	14,82	816	85,18
Volmsberg	107	88	82,24	1	87	27	31,03	60	68,97
	5 401	4 572	84,66	23	4 544	566	12,46	3 978	87,54
Abstimmungsgebiet II									
Weidenau	12 199	4 275	35,04	35	4 240	3 408	80,38	832	19,62
Birlenbach	509	412	80,94	2	410	62	15,12	348	84,88
Dillhütten	203	120	59,11	1	119	38	31,93	81	68,07
Geisweid	10 036	6 159	61,37	46	6 113	1 283	20,99	4 830	79,01
Sohlbach	339	252	74,34	—	252	68	26,98	184	73,02
Buchen	148	116	78,37	1	115	39	33,91	76	66,01
Langenholdinghausen	472	323	68,43	—	323	103	31,89	220	68,11
Niedersetzen	443	294	66,36	—	294	96	32,65	198	67,35
Obersetzen	393	299	76,08	3	296	120	40,54	176	59,46
Zusammen:		12 250		88	12 162	5 217	42,9	6 945	57,1
dazu Briefabstimmung		136		—	136	67		69	
	24 742	12 386	50,06	88	12 298	5 284	42,97	7 014	57,03
Abstimmungsgebiet III									
Eiserfeld	6 519	2 508	38,5	20	2 488	1 394	56,03	1 094	43,97
Gosenbach	1 536	777	50,65	7	770	334	43,38	436	56,62
Niederschelden	4 263	2 016	47,37	20	1 996	1 807	90,53	189	9,47
Oberschelden	655	502	76,64	5	497	194	39,03	303	60,97
Eisern	1 695	1 104	65,13	7	1 097	303	27,62	794	72,38
Zusammen:		6 907		59	6 848	4 032	58,88	2 816	41,12
dazu Briefabstimmung		69		—	69	35		34	
	14 668	6 976	47,56	59	6 917	4 067	58,8	2 850	41,2

— GV. NW. 1964 S. 28.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 6,60 DM. Ausgabe B 7,70 DM.